

Bald Rauchverbot an Schulen?

Bündnis von Abgeordneten aller Fraktionen will generellen Nikotinverzicht von Lehrern und Schülern erzwingen

Von Christa Beckmann

Rauchenden Lehrern und Schülern drohen schwere Zeiten: Über Parteigrenzen hinweg haben sich Berliner Abgeordnete zusammengetan, um dem blauen Dunst auf Schulhöfen und in Lehrerzimmern den Kampf anzusagen. In einem Gruppenantrag fordern sie den Senat auf, an allen Schulen ein generelles Rauchverbot zu erlassen und Aufklärungsprogramme zu den Gefahren des Nikotingenusses verbindlich zu machen. Auch Raucherzimmer für Lehrer und Qualmer-Ecken auf den Schulhöfen wären dann nicht mehr erlaubt. Der Vorstoß wird von 75 der 141 Mitglieder des Parlaments getragen.

"Jahrelang haben wir in den Schulen allein auf Aufklärung und freiwilligen Nikotinverzicht gesetzt - ohne Erfolg", sagt Claudia Hämmerling von den Grünen, die die Initiative gemeinsam mit ihrem Parteikollegen Özcan Mutlu gestartet hat. Mittlerweile liege das Einstiegsalter der jugendlichen Raucher bei elf Jahren, knapp 30 Prozent der 15-jährigen Mädchen in Deutschland greifen nach einer WHO-Studie bereits täglich zur Zigarette, argumentiert die Grüne. In Schweden, wo es ein striktes Verbot an Schulen gibt, seien es nur 13 Prozent. "Schüler rauchen nicht, weil es ihnen schmeckt, sondern weil es als cool gilt", sagt Hämmerling. Mit einem Verbot entfalle der Gruppendruck. Weil die Lehrer Vorbildfunktion hätten, dürfe es für sie keine Ausnahmen geben.

Rauchfreie Schulen ja, aber nicht von oben diktiert, argumentieren dagegen die Bildungs- und Gesundheitsexperten der FDP, Mieke Senftleben und Martin Matz. Sie wollen jeder Schule freistellen, ob sie sich zur rauchfreien Zone erklärt oder nicht und sammeln Stimmen für einen eigenen Gruppenantrag. "Die im Gesetz verankerte Eigenverantwortung der Schulen muss auch gelebt werden", sagt Senftleben. Der Reiz des Verbotenen mache das Rauchen eher noch interessanter und "zwingt die Schüler nur vor die Schultore". In der Schulverwaltung sieht man das ähnlich. Ein generell angeordnetes Verbot kollidiere mit der verstärkten Eigenverantwortung der Schulen, sagt Thomas Duvneck, Referent für Schulrecht. Wenn es ein generelles Rauchverbot geben soll, "muss das ins Schulgesetz geschrieben werden".

"Wir trauen den Schulen bei diesem Thema viel zu, und die Schulen tun auch schon viel gegen das Rauchen", sagt Senatsschulsprecherin Anne Rühle. Das Nein zum Zigarettenkonsum müsse "von unten kommen, ein Diktat ist eher kontraproduktiv". Seit 1998 ist das Rauchen für Schüler an Berliner Schulen bereits per Rundschreiben verboten. Die Schulkonferenz, in der Lehrer, Schüler und Eltern sitzen, kann aber entscheiden, ob sie für Schüler ab 16 Jahren eine Raucherecke einrichtet. Wie berichtet, plant der Senat im Herbst eine neue Offensive gegen den blauen Dunst. Unter dem Motto "Netzwerk rauchfreie Schule" sollen bestehende Schulprojekte gegen den Zigarettenkonsum gebündelt und neue Ausstiegshilfen angeboten werden.

Berliner Morgenpost, vom: 10.06.2004

URL:

<http://morgenpost.berlin1.de/archiv2004/040610/berlin/story683384.html>